

Tunesiens Transition - die Schattenseiten eines Erfolgsbeispiels

Günay, Cengiz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Günay, C. (2017). *Tunesiens Transition - die Schattenseiten eines Erfolgsbeispiels*. (Kurzanalyse / Österreichisches Institut für Internationale Politik, 2). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59132-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Tunesiens Transition - Die Schattenseiten eines Erfolgsbeispiels

Cengiz Günay



Kurzanalyse verfasst im Rahmen der Kooperation mit dem
Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport.

Diese Arbeit wurde unterstützt durch den Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank (Nr. 16790).

Zusammenfassung

Tunesien, das Geburtsland des sogenannten Arabischen Frühlings, gilt als Erfolgsbeispiel einer gelungenen Transition zu einer demokratischen Ordnung. Der Westen im Allgemeinen und die EU sowie einzelne ihrer Mitgliedsstaaten investieren massiv in Tunesiens Stabilität. Die post-revolutionäre politische Ordnung wird vor allem durch die islamistische Ennahda Partei sowie die ihr gegenüberstehenden säkularen Kräfte, repräsentiert durch die Nidaa Tounes Partei, dominiert. Die französisch-algerische Autorin Amal Boubekeur spricht in diesem Zusammenhang von einem ausverhandelten Wettbewerb über die Bedingungen der (Re-) Integration in das wirtschaftliche und politische System des post-revolutionären Tunesien. Der Fokus auf die Stabilisierung Tunesiens veranlasste auch ausländische Geberländer bzw. die EU auf eine nationale Einheitsregierung, die die beiden entgegengesetzten Pole des politischen Spektrums in Regierungsverantwortung bindet, zu drängen. Die Kurzanalyse argumentiert, dass die Förderung des „Erfolgsmodells“ durch ausländische Geber zwar dazu beitrug die junge tunesische Demokratie zu konsolidieren und große soziale Unruhen verhinderte, aber dadurch auch Stillstand bei notwendigen politischen Reformen herbeiführte. Viele TunesierInnen fühlen sich heute um die Revolution betrogen. Nur sechs Jahre nach dem Sturz von Präsident Ben Ali machen sich Frustration und Demokratieverdrossenheit breit. Der Fokus auf Stabilität als primäres politisches Ziel könnte damit ironischer Weise, mittel bis langfristig die demokratische Entwicklung gefährden und damit Instabilität hervorbringen.

Keywords

Tunesien, Arabischer Frühling, EU-Außenpolitik, Autoritarismus, Demokratie, Transition

Autor

Dr. Cengiz Günay forscht am Österreichischen Institut für Internationale Politik zu den Themen: Islamismus, Demokratisierungs- und Reformprozesse, Soziale Bewegungen und die Verschiebung von Macht. Er hat den regionalspezifischen Fokus: Türkei / Naher Osten.

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at

Copyright © 2017

Die MENA Region (der Nahe Osten und Nordafrika) geht durch tiefe gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Umbrüche. Der Sturz der autoritären Herrscher legte oft die tiefen gesellschaftlichen Fragmentierungen und den massiven Verfall staatlicher Institutionen, zentralstaatlicher Autorität und politischer Legitimierung offen. Während die Ereignisse des sogenannten Arabischen Frühlings in Libyen zum auseinanderbrechen des Staates, in Syrien zu einem blutigen Bürgerkrieg, in Ägypten zu einer Konterrevolution und der Wiedererrichtung der autoritären Herrschaft führte, ist Tunesien das einzige Land in dem es in Folge des Sturzes des autokratischen Herrschers zur Konsolidierung einer demokratischen Ordnung kam. Tunesiens demokratische Transition erfolgte nicht reibungslos, aber friedlich.

Anders als in Ägypten dominierten zivile Kräfte (politische Parteien und die Zivilgesellschaft) den Übergangsprozess. Zudem konnte Tunesien auf die Unterstützung ausländischer Geber bauen.

Die EU, einzelne Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschland, aber auch die Schweiz, bzw. die USA, Katar und die Türkei begannen sich, wenn auch in unterschiedlichen Bereichen in Tunesien zu engagieren. Insbesondere die EU unterstützte Tunesiens Transition durch Hilfestellungen bei Justiz- und Polizeireform, direkten finanziellen Zuwendungen und die Erweiterung und Vertiefung der Beziehungen durch eine Aufwertung zu einer privilegierten Partnerschaft. Darüber hinaus entwickelte sich Deutschland zu einem der größten finanziellen Geber Tunesiens. Die deutsche Gemeinschaft für internationale Zusammenarbeit unterhält mit mehr als 200 MitarbeiterInnen ihr weltweit größtes Büro in Tunesien und deutsche Stiftungen bauten enge Verbindungen zu einzelnen politischen Parteien auf und organisieren Seminare, Trainings und Workshops.

Tunesiens Transition gilt als ein Modell, das Vorbildcharakter für andere Länder der Region haben könnte. Tunesien, als ein relativ kleines Land mit einer ethnisch weitgehend homogenen Bevölkerung und einer starken kulturellen, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ausrichtung nach Europa, gilt zudem vor allem aus europäischer Perspektive als ein wichtiger Brückenkopf und strategischer Partner.

Angesichts des Staatszerfalls im benachbarten Libyen, der unsicheren Zukunft Algeriens, und der Zunahme der Migrationsbewegungen über das Mittelmeer mischen sich in das Interesse die tunesische Demokratie zu stärken auch sicherheitspolitische Überlegungen. Der durch VertreterInnen der EU in Interviews geäußerte Satz; „Tunesien ist zu wichtig um es scheitern zu lassen“¹, drückt eindringlich das Interesse der EU an Tunesiens Stabilität aus.

¹ Interviews des Autors mit VertreterInnen der EU in Tunis, November 2016

Die vorliegende Analyse argumentiert, dass die Propagierung Tunesiens als ein Erfolgsmodell einerseits im Interesse der post-revolutionären tunesischen Eliten ist, da es finanzielle Unterstützung gewährleistet und andererseits im Interesse der EU ist, da es ihre Politik gegenüber der Region legitimiert und bestätigt. Die Überzeichnung des Erfolgsbeispiels bedingt aber die Ausblendung der Schattenseiten. Zudem hindert der Fokus der EU auf Stabilität durch politischen Konsens nicht nur notwendige Reformen und begünstigt politischen Stillstand, sondern es führt sogar zur Schwächung der jungen Demokratie.

Tunesiens sanfte Transition

Nachdem Massenproteste im Jänner 2011 zum Sturz von Präsident Zine Abedine Ben Ali führten, bildete sich unter dem ehemaligen Premierminister Ghannouchi eine Übergangsregierung, die sich vor allem aus VertreterInnen des alten Regimes zusammensetzte. Nur einen Monat später, im Februar 2011 musste diese allerdings aufgrund von erneuten Massenprotesten abtreten. Die daraufhin gebildete zweite Übergangsregierung leitete dann den demokratischen Transitionsprozess ein; zum Teil wurden Institutionen des alten Regimes, wie die Abgeordnetenversammlung, die ehemalige Regierungspartei RCD und der Innengeheimdienst aufgelöst. Weiters wurden Kommissionen eingesetzt, die das Ziel hatten die Ereignisse um die Revolution zu beleuchten, Korruption aufzudecken und die politischen Ziele der demokratischen Transition festzulegen.² Die Übergangsregierung bereitete den Weg für die Präsidentschaftswahlen und die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung (beide fanden im Herbst 2011 statt) vor.

In den letzten sechs Jahren seit dem Sturz Präsident Ben Alis wurden zwei Parlaments- und zwei Präsidentschaftswahlen abgehalten und eine neue Verfassung beschlossen. Es kam zu einer Befreiung des politischen Raumes. Eine Vielzahl an Parteien wurde gegründet, die Zivilgesellschaft agierte frei, allen voran der Gewerkschaftsverband UGTT³ und die Frauenbewegung konnten mobilisieren und

²Die „National Fact-Finding Commission on Abuse“, die sich mit der Dokumentation der Tötung von bzw. Gewalt gegen DemonstrantInnen auseinandersetzte; die „Fact Finding Commission on Corruption and Embezzlement“, die die Korruption und den Missbrauch unter der Ben Ali Herrschaft untersuchte, sowie die „High Commission for Realization of Revolutionary Goals, Political Reforms and Democratic Transition“, die über die Realisierung der politischen Ziele der Revolution wachen sollte. Diese sogenannte Achour Kommission, benannt nach ihrem Vorsitzenden, setzte sich aus VertreterInnen der meisten politischen Kräfte zusammen.

³ Der Gewerkschaftsverband UGTT spielte eine wesentliche und konstruktive Rolle im schwierigen Transitionsprozess. Zusammen mit dem Verband der Industriellen und Gewerbetreibenden, der Liga für Menschenrechte und der Anwaltskammer vermittelten sie im Verfassungsprozess zwischen den politischen Parteien. Das sogenannte Quartett für den nationalen Dialog erhielt im Oktober 2015 den Friedensnobelpreis für seine Leistungen.

haben den politischen Diskurs mitbestimmt. Auch die Medien reflektieren die neue politische Vielfalt. Dies bedeutet nicht, dass die Transition ohne Reibungen erfolgte. Vielmehr erlebte das Land eine gefährliche Polarisierung zwischen Islamisten und dem säkularen Lager, bzw. den Anstieg des islamistischen Extremismus. Einen Höhepunkt erreichten die Spannungen mit der Ermordung der beiden Oppositionspolitiker Mohamed Brahmi und Chokri Belaid. Beide Morde wurden islamistischen Extremisten angelastet. Vor allem säkulare Kräfte beschuldigten die islamistische Ennahda Partei der Untätigkeit gegenüber dem islamistischen Extremismus.

Ausverhandelter Wettbewerb

Die moderat islamistische Ennahda Partei gilt als größter Profiteur der Revolution. Obwohl die unter Ben Ali verbotene Partei in den Protesten kaum eine Rolle spielte, ging sie aus den ersten freien Wahlen im Oktober 2011 als stärkste Kraft hervor. In weiterer Folge bildete die Ennahda zusammen mit zwei säkularen linken Zentrumparteien eine Koalitionsregierung. Der Umstand, dass sich Islamisten in das politische System integrierten und trotz großer ideologischer Unterschiede zusammen mit säkularen Kräften eine Koalitionsregierung bildeten, konnte zwar der politischen Polarisierung nicht entgegenwirken, es trug aber wesentlich zur Konsolidierung der Demokratie bei.⁴

Die Ennahda Partei steht vor allem für die wirtschaftlichen Interessen und die Weltsicht einer aufstrebenden urbanen Mittelklasse, die zwar von der Liberalisierung der Wirtschaft unter Ben Ali profitierte, aber politisch und kulturell marginalisiert blieb. Auch wenn die politischen Debatten und Auseinandersetzungen, vor allem bis zur Verabschiedung einer neuen Verfassung, vordergründig von der Frage welche Rolle der Islam in Gesellschaft, Politik und Recht spielen sollte, geprägt waren, ging es im Wesentlichen um die Frage der Neuaufteilung politischen und wirtschaftlichen Einflusses.

Amal Boubekeur (2016, p. 108) spricht in diesem Zusammenhang von einer „bargained competition“ (einem ausverhandelten Wettbewerb), der zwischen der islamistischen Ennahda und den alten Eliten stattfindet. Die beiden in Wettbewerb miteinander stehenden Kräfte verhandeln dabei über die Bedingungen der (Re-) Integration in das wirtschaftliche und politische System des post-revolutionären Tunesien.

⁴ Der amerikanische Politikwissenschaftler Alfred Stepan hält fest, dass neben freien und fairen Wahlen und dem Einvernehmen, dass eine gewählte Regierung legitimiert ist, neue politische Entscheidungen herbeizuführen, der Umstand, dass Gesetzgebung, Exekutivmacht und Gerichtsbarkeit in der neuen Demokratie nicht mit anderen Instanzen wie z.B. dem Militär geteilt werden müssen, eine Grundvoraussetzung für die Konsolidierung einer Demokratie darstellt (Stepan 2012, p. 90).

Die beiden Kräfte wurden zwar unter Ben Ali ausgeschlossen, aber weder Ennahda noch Nidaa Tounis spielten in der Revolution eine Rolle, noch stehen sie für deren Ideale und Ziele. Die Revolution war von jungen Menschen, der mittleren Generation und vor allem sozial Benachteiligten getragen worden.

Während die Ausverhandlung unter den post-revolutionären politischen Eliten Instabilität und einen offenen Konflikt verhinderten, hemmte es gleichzeitig Reformen. Die Ausverhandlung der Bedingungen der Integration bzw. Re-Integration in das System unter den moderaten Islamisten der Ennahda und den säkularen Eliten isolierte die VertreterInnen der Protestbewegung, die zu Ben Alis Sturz geführt hatte. Umfassende Reformen hinsichtlich des Aufbaus des Staates, der ökonomischen Umverteilung oder der Vermögensverhältnisse waren nicht im Interesse post-revolutionärer Eliten. Somit kam es in Folge der Umbrüche zwar zu einem Austausch der politischen Eliten, aber nicht zu einem Neuaufbau des zentralistischen Staates oder der Wirtschaft. Die post-revolutionären Regierungen führten weitgehend die Wirtschaftspolitik der Ben Ali Ära weiter. Seit 2014 regiert eine nationale Einheitsregierung bestehend aus Nidaa Tounes, Ennahda und mehreren kleineren Parteien. Die Bildung der Einheitsregierung merzte die unterschiedlichen Interessen und ideologischen Ansätze zwischen den rivalisierenden Koalitionären nicht aus, führte aber dazu, dass die Ausverhandlung nicht öffentlich und durch Disput ausgetragen wird, sondern sich in die Regierung und vor allem hinter verschlossenen Türen verlagert hat. Die Koalitionäre sind zwar formal durch die Regierungsverantwortung aneinander gebunden, sie agieren aber weitgehend unabhängig voneinander. Zudem kommen wachsende Spannungen zwischen dem Parlament und dem greisen Präsidenten Essebsi hinzu. Der 90-jährige Essebsi versucht angesichts der Schwäche der eigenen Partei Nidaa Tounes, und der Lähmung der Regierung die Macht immer mehr an den Präsidentenpalast zu ziehen. Die Auseinandersetzungen zwischen den Eliten um Macht und Einfluss und der gleichzeitige Stillstand bei Reformen führen zu einer wachsenden Entfremdung von der Politik.

Stabilität um jeden Preis?

Die EU und einige ihrer Mitgliedsstaaten gelten als wichtigste Garanten der Stabilität der post-revolutionären Ordnung in Tunesien. Auf der im November 2016 abgehaltenen Konferenz „Tunesien 2020“ einigten sich die VertreterInnen der internationalen Gemeinschaft darauf, Tunesien bis 2020 mit insgesamt 14 Milliarden Dollar zu unterstützen. Dies kommt dem tunesischen Gesamtbudget für das Jahr 2017 gleich (Kubinec 19/12/2016). Zusätzlich zu Geldern aus verschiedenen EU Töpfen sind auch einzelne EU Mitgliedsstaaten zum einen direkte Geldgeber, zum anderen Investoren. Unter den

EU Mitgliedsstaaten entwickelte sich Deutschland zu einem der wichtigsten Geberländer. Die deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterhält mit mehr als 200 MitarbeiterInnen in Tunesien ihre weltweit größte Niederlassung. Zudem investiert Deutschland seit 2015 stark in den tunesischen Sicherheitssektor, insbesondere die Grenzsicherung bzw. die Reform der Polizei.

Die massiven Investitionen in die tunesische Demokratie sollen soziale Unruhe abwehren und die Konsolidierung der noch jungen Demokratie unterstützen. Mit diesen liberalen demokratischen Ansätzen und Werten vermischen sich aber auch sicherheitspolitische sowie wirtschaftspolitische Überlegungen. Die Konsolidierung des Status Quo soll vor allem Chaos und Umwälzungen abwenden und Stabilität gewährleisten. Der Fokus der ausländischen Geldgeber auf Stabilität verhindert damit aber auch grundlegende strukturelle Reformen. Stattdessen wird durch die Investition in das Modell Tunesien im Namen der Stabilität Kontinuität und Stagnation gefördert. Nadia Marzouki and Hamza Meddeb (2015) betonen in diesem Zusammenhang, dass das ständige Streben nach Stabilität Elite-Paktiererei und gegenseitige Kooptierung begünstigt und Wandel verhindert haben.

Die Finanzierung des tunesischen Erfolgsmodells verhinderte nicht nur Wandel, sondern es führte sogar zu einem weiteren Anwachsen des ohnehin schon überzentralisierten tunesischen Staatsapparates. So verdoppelte sich z.B. die Zahl der Staatsbediensteten seit der Revolution. Zum einen gilt ein starkes und gut funktionierendes administratives System als das Rückgrat eines sanften Übergangs, zum anderen wurde aber auch mangels an Arbeitsmöglichkeiten in der Privatwirtschaft die Einstellung von Vertragspersonal im Staatsdienst als ein Mittel zur Dämpfung der Arbeitslosigkeit gesehen. Dies führte nicht nur zu einem Anwachsen in den Staatsausgaben, sondern förderte auch die Korruption und Vetternwirtschaft.⁵

Während die hohe Abhängigkeit von ausländischen Gebern wie ein Teufelskreis wirkt und Tunesien wirtschaftlich immer enger an die EU bindet, befördert es aber gleichzeitig eine Annäherung der politischen Eliten an europäische liberal demokratische Diskurse. Weite Teile der post-revolutionären tunesischen Eliten haben liberale demokratische Werte und Ansätze in ihre Diskurse adaptiert. VertreterInnen der einzelnen Parteien, im Übrigen auch der islamistischen Ennahda sind sich der Abhängigkeit von ausländischen Gebern bewusst und suchen deshalb den Dialog mit VertreterInnen des Westens. Dies begünstigt eine offene Debatte, zumindest mit ausländischen PolitikerInnen, ForscherInnen, JournalistInnen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft.

⁵ Korruption wird inzwischen von 36 Prozent der ManagerInnen als ein Hindernis für Geschäftstätigkeiten in Tunesien gesehen (Kubinec 19/12/2016).

Dies wiederum befördert das Image des Erfolgsmodells und gewährleistet finanzielle Unterstützung durch ausländische Geber, insbesondere der EU und ihrer Mitgliedsländer. Aus Perspektive der tunesischen Politik birgt es allerdings die Gefahr sich zu sehr an den Interessen der Geber zu orientieren und die Bedürfnisse und Erwartungen der eigenen Bevölkerung zu vernachlässigen. Ein Beispiel dafür könnte das von der EU propagierte Freihandelsabkommen sein. Während der Widerstand in der tunesischen Bevölkerung gegen das sogenannte „Deep and Comprehensive Free Trade Agreement“ mit der EU recht groß ist, ist ein Großteil der politischen Eliten, Ennahda und Nidaa Tounis eingeschlossen, dafür.

Die Kluft zwischen den politischen Eliten und der Gesellschaft

Tunesien gilt zwar als Beispiel einer gelungenen Transition von autoritärer Herrschaft zu Demokratie, allerdings zeigt der Blick hinter die Kulissen auf, dass das post-revolutionäre System in Tunesien weitgehend Kontinuitäten mit der Zeit vor der Revolution aufweist. Während die Revolution zu einem politischen Liberalismus, geprägt durch ein breites Spektrum an politischen Parteien, ein buntes Zeitungswesen und eine lebendige Zivilgesellschaft, geführt hat, kam es weder zu tiefgreifenden strukturellen Veränderungen noch zu einem Wandel in der Wirtschaftspolitik. Die politischen Eliten im post-revolutionärem Tunesien gehören weitgehend der älteren Generation an. Sie repräsentieren weder die Hoffnungen, Ziele und Erwartungen einer weitgehend jungen Bevölkerung, noch haben sie selbst den Umsturz des autoritären Regimes herbeigeführt. Vor allem unter jungen Menschen macht sich Entfremdung von einer vornehmlich alten politischen Elite breit. Alcina Honwana zeigt in mehreren Interviews mit jungen Menschen auf, dass die Hoffnungen auf sozialen Wandel unter jungen Menschen bald nach der Revolution verblassten und sich viele durch die alte Generation um ihre Zukunft betrogen fühlen (in; Cohen-Hadria 2017, p. 21).

Tunesien weist mit beinahe 40 Prozent eine besonders hohe Rate an Jugendarbeitslosigkeit auf (OECD 2015). Die Arbeitslosigkeit ist besonders groß in den lange vernachlässigten Randgebieten des tunesischen Staates, wo es entweder meist heruntergewirtschaftete staatliche Betriebe oder gar keine Betriebe gibt. Dramatisch ist vor allem die Situation von Schul- und Universitätsabsolventen. In Städten wie Gafsa, Sidi Bouzid, Kebili oder Jendouba liegt die Arbeitslosigkeitsrate unter SchulabsolventInnen über 40 Prozent (AFDB, OECD & UNDP, p. 26).

Ein weiteres Zeichen der Unzufriedenheit ist eine wachsende Politikverdrossenheit. Die Zahl der zur Wahl registrierten Personen blieb in den sechs Jahren seit der Revolution auf rund 40 Prozent be-

schränkt und auch die Prozentzahl jener, die dann zur Wahl gingen sank von 86,4 Prozent bei den Wahlen 2011 auf 60,35 Prozent bei den Präsidentschaftswahlen 2014 (International Institute for Democracy and Electoral Assistance in; Cohen-Hadria 2017, p. 19). Dabei war insbesondere die Zahl der jungen WählerInnen niedrig (Ibid. p. 20).

Die wachsende Entfernung der politischen Eliten von den Bedürfnissen und Erwartungen breiter Bevölkerungsteile und insbesondere der Jugend birgt ein gefährliches Potenzial. Nicht nur lokale soziale Proteste in Städten wie Gafsa zeigen die noch immer ungelösten sozialen Probleme auf – diese waren auch Faktoren, die zum Umsturz von Präsident Ben Ali führten - sondern Tunesien sieht sich auch vermehrt mit dem Problem einer wachsenden Radikalisierung unter Jugendlichen konfrontiert. Insbesondere radikal islamistische Gruppen konnten erfolgreich Jugendliche mobilisieren.

Auch wenn Tunesien als weitgehend sicher gilt, haben islamistische Angriffe, die schwerwiegendsten waren jene im September 2015 auf Touristen im Bardo Museum in Tunis und auf dem Strand in Sousse, das Land tief erschüttert und vor allem dem Tourismus langfristig Schaden zugefügt.

Warum die EU das Modell propagiert?

Während aus tunesischer Sicht Hilfe von Seiten der internationalen Gemeinschaft willkommen ist, stellt sich die Frage warum z.B. die EU so massiv in die Stabilisierung der tunesischen Demokratie investiert, wohingegen die Hilfen für andere Länder des Arabischen Frühlings im Vergleich relativ gering ausfielen.

Zum einen kann festgehalten werden, dass der Verlauf der Transition in Tunesien von Beginn an in eine positive Richtung deutete. Zum anderen verfügte Tunesien über jene Voraussetzungen die aus einer liberalen Perspektive für „democracy promotion“ günstig sind. Es ist ein relativ kleines Land mit einer schwachen Ausprägung des Militärs. Dies machte das Vorhaben überschaubarer. Zudem ist die tunesische Wirtschaft stark an jene der EU ausgerichtet. Mehr als 60 Prozent der Exporte geht in die EU (European Commission 1/9/2016). Dies versprach einen stärkeren politischen Einfluss als anderswo.

Tunesien verfügt außerdem, trotz langjähriger autoritärer Herrschaft, über eine starke Zivilgesellschaft. Diese ist weitgehend durch säkulare Gruppen, meist Angehörige der frankophonen Bildungseliten geprägt und damit meist pro-europäisch.

Der starke Fokus der EU auf die Zivilgesellschaft als ein zentrales Element der Demokratisierung rührt aus den Erfahrungen der Transitionen in Ost- und Zentraleuropa, wo es vor allem Bürgerrechtsbewegungen, Gewerkschaften, aber auch die Kirchen waren, die den Fall der kommunistischen Regime beschleunigten und danach eine positive Rolle in der Transition spielten. Der Ansatz der EU geht davon aus, dass die Zivilgesellschaft eine Domäne darstellt, die autonom vom Staat besteht und nicht nur diesen kontrolliert, sondern auch als ein Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft agiert (Heidbrink, 2006, p. 16).

Auch wenn dieses Konzept der Zivilgesellschaft nicht europäischer Standard ist, das heißt nicht in allen EU Mitgliedsstaaten in dieser Form besteht, ist es Bestandteil der „Democracy Promotion“ der EU. Angesichts eines spürbaren Rückganges der Attraktivität und Qualität liberaler Demokratie, Larry Diamond (2008) benennt es einen globalen „democratic roll back“ in Folge dessen dreiviertel der ca. 80 neuen Demokratien, die aus der sogenannten dritten Welle der Demokratisierung hervorgingen, unsicher sind und sich auch wieder zurückentwickeln könnten, hat auch die transformierende Kraft der EU nachgelassen. Die Entwicklungen der Demokratien auf dem Balkan, das Abrutschen der Türkei in den Autoritarismus, und das Erstarken populistischer und nationalistischer Bewegungen innerhalb der EU stellen das Projekt eines „demokratischen Friedens“, basierend auf wirtschaftlicher Interdependenz und dem funktionellen sektoralen Zusammenwachsen, vor große Herausforderungen. Tunesien stellt daher ein dringend benötigtes Erfolgsbeispiel dar. Der Erfolg der demokratischen Transition Tunesiens bestätigt damit sozusagen die verloren geglaubte transformative Kraft der EU und legitimiert dadurch auch die Anstrengungen für eine gemeinsame Außenpolitik. Die Propagierung von liberaler Demokratie, basierend auf wirtschaftlicher Interdependenz stellt zumindest noch, den kleinsten gemeinsamen Nenner dar.

Literatur:

AFDB, OECD & UNDP (2012): Promoting youth employment. In: African economic outlook 2012. pp. 22-30.

Boubekeur, A. (2016): Islamists, secularists and old regime elites in Tunisia: bargained competition. *Mediterranean Politics*, 21(1), pp. 107-127.

Cavatorta, F., & Merone, F. (2013, July 25): Moderation through exclusion? The journey of the Tunisian Ennahda from fundamentalist to conservative party. *Democratization*, 20(5), pp. 857-875.

Cohen-Hadria, E. (2017): Trust, the Weak Link of the Tunisian Transition: In: Mühlberger, W. (Ed.); Cohen-Hadria, E.; Gharib, S.; Günay, C.; Schäfer, I.; Torelli, S.: Transformation in Tunisia: The First Five Years. EuroMesco Joint Policy Study 5. IEMed. pp. 13-40.

Dalacoura, K. (2016): Islamism and neoliberalism in the aftermath of the 2011 Arab uprisings: The Freedom and Justice Party in Egypt and Nahda in Tunisia. In: Akcaeli, E. (Ed.), *Neoliberal governmentality and the future of the State in the Middle East and North Africa*. London: Palgrave Macmillan.

Diamond, L. (2008): *The Spirit of Democracy: The Struggle to Build Free Societies Throughout the World*. Holt Paperback, Henry Holt and Company.

El Amrani, I. (2015, October 10): Tunisia's National Dialogue Quartet set a powerful example. International Crisis Group. Abgerufen von <http://blog.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/2015/10/10/tunisias-national-dialogue-quartet-set-a-powerful-example/> am 31/3/2017.

European Commission (1/9/2016): Factograph Tunisia. Abgerufen von https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/near_factograph_tunisia.pdfhttps://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/near_factograph_tunisia.pdf am 30/3/2017.

Günay, C.; Gharib, S. (2017): From Persecution to Government – Ennahda's Claim to Power: In: Mühlberger, W. (Ed.); Cohen-Hadria, E.; Gharib, S.; Günay, C.; Schäfer, I.; Torelli, S.: Transformation in Tunisia: The First Five Years. EuroMesco Joint Policy Study 5. IEMed. pp. 76-106.

Heidbrink, L. (2006): Verantwortung in der Zivilgesellschaft: Zur Konjunktur eines widersprüchlichen Prinzips (Einleitung). In: Heidbrink, L.; Hirsch, A. (Hg): Verantwortung in der Zivilgesellschaft: Zur Konjunktur eines widersprüchlichen Prinzips. Campus Verlag. pp. 13-38.

Honwana, A. (2013): Youth and revolution in Tunisia. New York: Zed Books.

International Institute for Democracy and Electoral Assistance: Data for Tunisia. Abgerufen von <http://www.idea.int/data-tools/country-view/284/40> am 30/3/2017.

Kubinec, Robert (2016, December 19): How foreign aid could hurt Tunisia's transition to democracy. The Washington Post. Abgerufen von https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2016/12/19/how-foreign-assistance-can-hurt-not-help-tunisias-democratic-transition/?utm_term=.9f930aa629d2 am 29/3/2017.

Marzouki, N., & Meddeb, H. (2015, June 11): Tunisia: Democratic miracle or mirage? Jadaliyya.

Merone, F., & Cavatorta, F. (2013, May 25): Ennahda: A party in transition. Jadaliyya. Abgerufen von http://www.jadaliyya.com/pages/index/10762/ennahda_a-party-in-transition am 28/3/2017.

Merone, F., & De Facci, D. (2015): The new Islamic middle class and the struggle for hegemony in Tunisia. Afriche e Oriente, 1-2, pp. 56-69.

Mühlberger, W. (Ed.); Cohen-Hadria, E.; Gharib, S.; Günay, C.; Schäfer, I.; Torelli, S.: Transformation in Tunisia: The First Five Years. EuroMesco Joint Policy Study 5. IEMed.

OECD (2015, March 10): Investing in Youth: Tunisia: Strengthening the Employability of Youth during the Transition to a Green Economy. Abgerufen von <http://www.oecd.org/els/investing-in-youth-tunisia-9789264226470-en.htm> am 28/3/2017.

Stepan, A. (2012): Tunisia's Transition and the Twin Tolerations. Journal of Democracy Volume 23, Number 2 April 2012. National Endowment for Democracy and The Johns Hopkins University Press. pp. 89-103.